

316 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Regierungsvorlage

Bundesgesetz vom XXXXXXXX, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen getroffen werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

1. TEIL

Änderungen des Bundesministeriengesetzes und des Wirkungsbereiches der Bundesministerien

Artikel I

Das Bundesministeriengesetz 1973, BGBl. Nr. 389, idF der Bundesgesetze BGBl. Nr. 56/1979, 66/1979, 555/1979, 265/1981, 591/1982 und 617/1983 wird wie folgt geändert:

1. § 1 Z 13 lautet:

„13. das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport“

2. Z 7 des Teiles 1 der Anlage zu § 2 lautet:

„7. Haushaltsangelegenheiten des Bundesministeriums einschließlich der Jahres- und Monatsvoranschläge, der Bewirtschaftung finanzgesetzlicher Ausgabenermächtigungen, des Buchhaltungs- und Kassendienstes sowie der Erlassung haushaltsrechtlicher Anweisungen für den Ressortbereich und Behandlung der den Ressortbereich betreffenden Einschauberichte des Rechnungshofes; Angelegenheiten des Beschaffungswesens für den Ressortbereich; Erwerb von Anteilsrechten an Gesellschaften und an Genossenschaften, soweit sie auf Sachgebieten tätig sind, die nach dem Teil 2 der Anlage zu § 2 dem Bundesministerium zur Besorgung zugewiesen sind, sowie die Verwaltung solcher Anteilsrechte des Bundes.“

3. Abschnitt A Z 1 letzter Satz des Teiles 2 der Anlage zu § 2 lautet:

„Koordination in Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung,

der umfassenden Landesverteidigung und der internationalen Entwicklungspolitik.“

4. Abschnitt E Z 6 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 lautet:

„6. Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen:

Dazu gehören insbesondere:

Verfügung über Bundesvermögen.

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt. Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden.

Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Finanzielle Angelegenheiten des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften und an Genossenschaften, soweit sie sich unmittelbar auf den Bundeshaushalt auswirken.“

5. Die Überschrift zu Abschnitt M des Teiles 2 der Anlage zu § 2 BMG 1973 lautet:

„M. BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT“

Artikel II

Die Angelegenheiten der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an folgenden Gesellschaften und Genossenschaften gehen aus dem besonderen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen in den besonderen Wirkungsbereich folgender Bundesministerien über:

1. Bundeskanzleramt

Austria-Wochenschau-Gesellschaft m. b. H., Wien;

Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden Gesellschaft m. b. H., Zeltweg;

Entwicklungsgesellschaft Hausruck Gesellschaft m. b. H., Linz;

Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft m. b. H., Klagenfurt;
Niederösterreichische Grenzlandförderungsgesellschaft m. b. H., Wien;
Austria Presse Agentur (APA), reg. Gen. m. b. H., Wien;
Gesellschaft für Bundesbeteiligungen an Industrieunternehmen Gesellschaft m. b. H., Wien;
ICD Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation — Gesellschaft m. b. H.

2. Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

INPADOC Internationales Patentdokumentationszentrum Gesellschaft m. b. H., Wien;
AUSTRIA FERGAS Gesellschaft m. b. H., Wien;
Intercontinental Hotel — Betriebsgesellschaft m. b. H., Wien.

3. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Lagereibetriebe Gesellschaft m. b. H., Wien;
Genossenschaften auf dem Gebiet der Viehzucht, der Milchwirtschaft und sonstigen Landwirtschaft sowie zum Betrieb von Lagerhäusern.

4. Bundesministerium für Verkehr

Radio Austria Aktiengesellschaft Wien;
Lokalbahn Lambach—Vorchdorf—Eggenberg Aktiengesellschaft, Lambach;
Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft m. b. H., Wien;
„KÖB“ Kraftwagenbetrieb der Österreichischen Bundesbahnen, Gesellschaft m. b. H., Wien;
Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H., Wien;
Zillertaler Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft, Jenbach;
„Eurofima“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel;
INTERCONTAINER, Internationale Gesellschaft für den Transcontainer-Verkehr, Brüssel;
INTERFRIGO, Internationale Gesellschaft der Eisenbahnen für Kühltransporte, Brüssel;
ÖKOMBI — Österreichische Gesellschaft für kombinierten Verkehr Gesellschaft mbH.

5. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Österreichische Gesellschaft für Sonnenenergie und Weltraumfragen Gesellschaft m. b. H., Wien;
Österreichische Mensen-Betriebsgesellschaft m. b. H., Wien;
Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf Gesellschaft m. b. H., Wien;
Internationales Studentenhaus, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Innsbruck.

Artikel III

(1) Das Bundesministerium für Finanzen hat im Aufsichtsrat der Gesellschaften, die gemäß Art. II in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien übergehen, vertreten zu sein, soweit der Bund in diesen Aufsichtsräten vertreten ist. Über die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder, die vom Bundesministerium für Finanzen zu nominieren sind, und über deren Wahl und Abberufung ist das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen herzustellen.

(2) Soweit den Vorsitz im Aufsichtsrat dieser Gesellschaften ein Vertreter des Bundes führt, obliegt er einem Vertreter jenes Bundesministeriums, in dessen Wirkungsbereich die betreffende Gesellschaft gemäß Art. II übergegangen ist.

(3) Abs. 1 und Abs. 2 gelten auch für Gesellschaften, die auf Grund des Bundesgesetzes, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft errichtet wird, mit dem die Planung und Errichtung von Bundesstraßenteilstrecken übertragen wird und mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 geändert wird, BGBl. Nr. 591/1982, in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik übergegangen sind.

(4) Die Satzungen oder Gesellschaftsverträge der von den Abs. 1 bis 3 betroffenen Gesellschaften sind entsprechend zu ändern.

2. TEIL

Bestimmungen über die Österreichische Industrie-verwaltungs-Aktiengesellschaft

Artikel IV

§ 1 Abs. 2 erster Satz des ÖIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 23/1967, idF der Bundesgesetze BGBl. Nr. 47/1970, 109/1973, 110/1973, 69/1974, 359/1975 und 589/1983 lautet:

„Die Anteilsrechte an den in der Anlage angeführten Gesellschaften und an anderen Gesellschaften, an denen die Österreichische Industrie-verwaltungs-Aktiengesellschaft beteiligt ist, sind so auszuüben, wie es das Wohl dieser Gesellschaften unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter und der Arbeitnehmer dieser Gesellschaften sowie der gesamten Volkswirtschaft erfordert.“

Artikel V

Die Anteilsrechte des Bundes an der Elektro-Bau AG, Linz, der Futurit Werk Aktiengesellschaft, Wien, der Salzach-Kohlenbergbau-Gesellschaft m. b. H., Trimmelkam, sowie an der Pölser Zellulose- und Papierfabrik-Aktiengesellschaft, Pöls, gehen als Sacheinlage in das Eigentum der „ÖSTERREICHISCHE INDUSTRIEVERWAL-

316 der Beilagen

3

TUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT“ über. Der Wert der Sacheinlage ist in die gesetzliche Rücklage einzustellen.

Artikel VI

(1) Die zeitlichen Beschränkungen des § 63 des Bewertungsgesetzes 1955, BGBl. Nr. 148/1955, und des § 10 des Körperschaftssteuergesetzes 1966, BGBl. Nr. 156/1966, sind auf die Beteiligungsverhältnisse gemäß Art. V nicht anzuwenden.

(2) Die Vorgänge gemäß Art. V und die zu ihrer Durchführung erforderlichen Rechtsgeschäfte, Schriften und Amtshandlungen unterliegen keiner bundesgesetzlich geregelten Abgabe.

3. TEIL**Schlußbestimmungen****Artikel VII**

(1) Die Verrechnung der Ausgaben für den Erwerb von Anteilsrechten an Gesellschaften und Genossenschaften für das Jahr 1984 hat bei Kapitel 54 „Bundesvermögen“ zu erfolgen.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:
hinsichtlich

1. Art. I Z 1, 2 und 5 die Bundesregierung;
2. Art. I Z 3, Art. II Z 1, Art. III Abs. 1 und 2 sowie Art. IV und V der Bundeskanzler;
3. Art. I Z 4, Art. III, VI Abs. 1 und VII Abs. 1 der Bundesminister für Finanzen;
4. Art. III Abs. 4 der Bundesminister für Justiz;
5. Art. II Z 2 und Art. III Abs. 1 und 2 der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie;
6. Art. II Z 3 und Art. III Abs. 1 und 2 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft;
7. Art. II Z 4 und Art. III Abs. 1 und 2 der Bundesminister für Verkehr;
8. Art. II Z 5 und Art. III Abs. 1 und 2 der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung;
9. Art. III Abs. 3 der Bundesminister für Bauten und Technik;
10. Art. VI Abs. 2, soweit die Bestimmung Gerichtsgebühren betrifft, der Bundesminister für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, im übrigen der Bundesminister für Finanzen.

VORBLATT**Problem:**

Die Angelegenheiten des Erwerbes, der Verwaltung und der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften und Genossenschaften sind derzeit — von wenigen Ausnahmen abgesehen — beim Bundesministerium für Finanzen konzentriert.

Ziel:

Künftig soll dies grundsätzlich jeweils von dem Bundesministerium besorgt werden, dem das Sachgebiet, auf dem der betreffende Rechtsträger tätig wird, zugewiesen ist.

Lösung:

Durch eine Änderung des Bundesministeriengesetzes 1973 soll der allgemeine Wirkungsbereich der Bundesministerien in Angelegenheiten der Beteiligungen an Rechtsträgern des Privatrechts künftig nach dem Ressortprinzip ausgerichtet werden. Ferner soll, diesem Grundsatz entsprechend, bei bestimmten Gesellschaften und Genossenschaften der besondere Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen im Verhältnis zu einzelnen anderen Bundesministerien bereinigt werden.

Alternativen:

Im Hinblick auf ausländische Beispiele könnte erwogen werden, für die Beteiligungen des Bundes an Rechtsträgern des Privatrechts eine besondere Einrichtung zu schaffen. Wegen des damit verbundenen Aufwandes wurde der oben dargestellten Lösung der Vorzug gegeben.

Kosten:

Die gesetzliche Maßnahme wird gegenüber dem derzeitigen Zustand keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Erläuterungen

1. Allgemeiner Teil

Entgegen der derzeitigen Rechtslage ist es zweckmäßiger, die Angelegenheiten der Beteiligungen des Bundes an Rechtsträgern des Privatrechts nicht bei einem einzigen Bundesministerium zu konzentrieren, sondern sie grundsätzlich dem nach dem jeweiligen Sachgebiet in Betracht kommenden Bundesministerium bzw. der ÖIAG zuzuweisen.

Eine Kommission von Fachleuten hat sich unter dem Vorsitz des Bundesministers für Finanzen gründlich mit der Materie beschäftigt und dabei auch Lösungsmodelle anderer Staaten in Betracht gezogen. Das Ergebnis der Beratungen über die Neuordnung der Beteiligungsverwaltung des Bundes bildet der vorliegende Gesetzentwurf.

Der Entwurf geht davon aus, daß in Zukunft jedem Bundesministerium der Erwerb von Anteilsrechten an Gesellschaften und Genossenschaften insoweit zustehen soll, als sie auf Sachgebieten tätig sind, die im Teil 2 der Anlage zu § 2 dem betreffenden Bundesministerium zur Besorgung zugewiesen worden sind; das gleiche gilt für die Verwaltung solcher Anteilsrechte des Bundes. Da es sich also um eine Kompetenz handelt, die jedem Bundesministerium zukommen soll, ist eine Änderung des Teiles 1 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973 erforderlich (Art. I Z 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes).

Für den Bereich der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften, die mit dem Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind, wird auf das Bundesgesetz vom 8. Oktober 1982 (BGBl. Nr. 591/1982), mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft errichtet wird, mit dem die Planung und Errichtung von Bundesstraßenteilstrecken übertragen wird und mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 geändert wird, verwiesen.

Dem entspricht die unter Art. I Z 4 vorgeschlagene Änderung des Abschnittes E Z 6 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973, die den allgemeinen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen betrifft. Dieses soll — ebenso wie jedes andere Bundesministerium — für die Bundesbeteiligungen zuständig sein, die nach dem Sachgebiet seinem Wirkungsbereich

zuzuordnen sind; dies gilt insbesondere für die verstaatlichten Banken.

Darüber hinaus sollen ihm die finanziellen Angelegenheiten des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften und Genossenschaften obliegen, soweit sie unmittelbare Auswirkungen auf den Bundeshaushalt haben. In diesen Fällen wird das gemäß Art. I Z 2 des Gesetzentwurfes zuständige Bundesministerium gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 des Bundesministeriengesetzes 1973 im Einvernehmen mit dem „beteiligten“ Bundesministerium für Finanzen vorzugehen haben. Zusätzlich sieht Art. III des Gesetzentwurfes Bestimmungen über die Vertretung des Bundesministeriums für Finanzen im Aufsichtsrat von Gesellschaften mit Bundesbeteiligung vor.

Da die zu ändernden Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes solche über den allgemeinen Wirkungsbereich der Bundesministerien sind, wurden im Art. II des Entwurfes die Gesellschaften und Genossenschaften ausdrücklich aufgezählt, die mit dem Inkrafttreten eines dem Entwurf entsprechenden Bundesgesetzes aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen in den besonderen Wirkungsbereich anderer Bundesministerien übergehen sollen. Hinsichtlich neu zu begründender Anteilsrechte des Bundes an Gesellschaften und anderen juristischen Personen werden mit dem Inkrafttreten eines dem Entwurf entsprechenden Bundesgesetzes — dem Ressortprinzip folgend — der Erwerb und die Verwaltung derartiger Gesellschaften beim zuständigen Bundesministerium liegen. Ferner wird im Art. V der Übergang von bisher ebenfalls vom Bundesministerium für Finanzen verwalteten Anteilsrechten des Bundes in das Eigentum der ÖIAG angeordnet. Damit im Zusammenhang steht die abgabenrechtliche Bestimmung im Art. VI des Entwurfes.

Bestehende Beteiligungen, die nicht im Art. II oder V genannt sind und beim Inkrafttreten eines dem Entwurf entsprechenden Bundesgesetzes vom Bundesministerium für Finanzen verwaltet werden, verbleiben in dessen besonderem Wirkungsbereich.

Die Art. I Z 3 und IV des Entwurfes enthalten Regelungen, die mit dem dargestellten Gesamtkon-

zept nicht unmittelbar zusammenhängen, aber zweckmäßig sind.

Die Zuständigkeit zur Verfügung über die in Betracht kommenden finanzgesetzlichen Ansätze wird im jeweiligen Bundesfinanzgesetz festzulegen sein. Ebenso soll die Ermächtigung zu einer allfälligen Veräußerung von Anteilsrechten (Art. 42 Abs. 5 B-VG) im Rahmen des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes gegeben werden.

Art. V des Entwurfes enthält eine Verfügung über Bundesvermögen, Art. VII Abs. 1 eine bundeshaushaltsrechtliche Vorschrift. Diese Bestimmungen wären daher gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG ohne Mitwirkung des Bundesrates zu erlassen. Das gleiche gilt für die Vollziehungsklausel, soweit sie sich auf Art. V und VII Abs. 1 bezieht.

Die Bundeskompetenz für eine dem vorliegenden Entwurf entsprechende gesetzliche Regelung gründet sich, soweit es um die Neugestaltung des Wirkungsbereiches der Bundesministerien geht, auf Art. 10 Abs. 1 Z 16 in Verbindung mit Art. 77 Abs. 2 B-VG. Der Art. IV gründet sich auf den Kompetenztatbestand „Zivilrechtswesen einschließlich des wirtschaftlichen Assoziationswesens“ (Art. 10 Abs. 1 Z 6 B-VG). Der Art. VI gründet sich auf dem Kompetenztatbestand „Bundesfinanzen, insbesondere öffentliche Abgaben, die ausschließlich oder teilweise für den Bund einzuheben sind“ (Art. 10 Abs. 1 Z 4 B-VG).

II. Besonderer Teil

Zu den einzelnen Bestimmungen ist ergänzend zum Allgemeinen Teil folgendes zu bemerken:

Zu Art. I:

Durch Art. I Z 2 und Z 4 wird der allgemeine Wirkungsbereich der Bundesministerien in den Angelegenheiten des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten an Gesellschaften und Genossenschaften neu geregelt. Demnach soll sich der allgemeine Wirkungsbereich der Bundesministerien in diesen Angelegenheiten künftig nach dem Ressortprinzip richten. Das bedeutet, daß der Erwerb und die Verwaltung solcher Anteilsrechte ausschließlich in den allgemeinen Wirkungsbereich desjenigen Bundesministeriums fällt, dem das Sachgebiet, das den Geschäftszweck der betreffenden Gesellschaft bzw. anderer juristischer Personen bildet, gemäß Teil 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973 zur Besorgung zugewiesen ist. Konsequenterweise ist künftig, das heißt beginnend mit dem Bundesfinanzgesetz 1985, sicherzustellen, daß das zur Beteiligungsverwaltung zuständige Ressort demnach auch über den entsprechenden bundesfinanzgesetzlichen Ansatz zu verfügen hat. Demnach wäre beispielsweise der Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten an Genossenschaften auf dem Gebiet der Landwirtschaft gemäß Teil I Z 7 in Verbindung mit Abschnitt K Z 1 des Teiles 2

der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973 zur Gänze dem allgemeinen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zuzuordnen. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz soll — wie im Allgemeinen Teil erwähnt — nur für finanzielle Angelegenheiten des Erwerbes und der Verwaltung solcher Anteilsrechte bestehen, soweit sich diese unmittelbar auf den Bundeshaushalt auswirken.

Sofern eine Gesellschaft oder Genossenschaft auf Sachgebieten tätig wird, die den Wirkungsbereich mehrerer Bundesministerien betreffen, ist gemäß § 5 des Bundesministeriengesetzes 1973 vorzugehen.

Art. I Z 3 soll die Umschreibung der Aufgaben auf dem Gebiet der „Raumordnung“, die schon bisher in den allgemeinen Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fielen, präzisieren. Zu einer Ausweitung des Wirkungsbereiches des Bundeskanzleramtes in der Koordination der Raumordnung kommt es damit nicht.

Durch die in Art. I Z 3 vorgesehene Änderung des Abschnittes A Z 1 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973 soll die Zugehörigkeit der Koordination in Angelegenheiten der internationalen Entwicklungspolitik zum allgemeinen Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes ausdrücklich geregelt werden. Gegenstand der Koordination sind unter anderem jene bilateralen und multilateralen Maßnahmen, die auf die Förderung der Entwicklung und der Interessen von Entwicklungsländern abzielen, einschließlich der Entwicklungshilfe und der anderen Formen der Entwicklungszusammenarbeit.

Zu Art. II:

Mit dieser Bestimmung soll der besondere Wirkungsbereich der hier genannten Bundesministerien neu geregelt werden. Daraus ergibt sich umgekehrt, daß bei allen anderen von Art. I Z 2 erfaßten Gesellschaften und Genossenschaften keine Änderung im besonderen Wirkungsbereich eintritt. Die Verwaltung und Veräußerung von Anteilsrechten an diesen Gesellschaften und Genossenschaften fällt daher nach wie vor in den besonderen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen.

Die generalklauselhafte Umschreibung der gemäß Art. II Z 3 in den besonderen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft übergehenden Genossenschaften erfolgt aus Gründen der Regelungsökonomie.

Zu Art. III:

Diese Bestimmung soll dem Bundesministerium für Finanzen eine möglichst effektive Aufgabenbesorgung in den Angelegenheiten der Gesellschaften geben, die gemäß Art. II in den besonderen Wirkungsbereich anderer Bundesministerien überge-

316 der Beilagen

7

hen, sowie der Gesellschaften, die auf Grund des Bundesgesetzes, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft errichtet wird, mit dem die Planung und Errichtung von Bundesstraßenteilstrecken übertragen wird und mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 geändert wird, BGBl. Nr. 591/1982, in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik übergehen. Ebenso muß festgestellt werden, daß der Vorsitz in den Aufsichtsräten der in Art. II genannten Gesellschaften, soweit er überhaupt einem Vertreter des Bundes obliegt, dem nunmehr führend zuständigen Bundesministerium zusteht.

Zu Art. IV:

Diese Bestimmung enthält Vorschriften darüber, wie die Anteilsrechte an den in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften auszuüben sind. Die Einbeziehung der von der ÖIAG bisher erworbenen und zukünftigen Anteilsrechte an verschiedenen Gesellschaften, die nicht in der genannten Anlage aufscheinen, in den Aufgabenbereich der ÖIAG soll sicherstellen, daß diese Anteilsrechte nach denselben Grundsätzen ausgeübt werden, wie bei den in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten verstaatlichten Unternehmungen.

Zu Art. V:

In Übereinstimmung mit früheren Einbringungsfällen (§ 2 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 109/1973; § 4 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 69/1974), bei denen es der Gesetzgeber vermieden hat, das Grundkapital der die Anteilsrechte übernehmenden Gesellschaft um die Werte der eingebrachten Gesellschaften zu erhöhen, wäre der Gegenwert der eingebrachten Anteile an der Elektro-Bau AG, Linz, der Futurit Werk Aktiengesellschaft, Wien, der Salzach-Kohlenbergbau-Gesellschaft m. b. H., Trimmelkam, sowie an der Pölser Zellulose- und Papierfabrik-Aktiengesellschaft, Pöls, nur den Rücklagen der ÖIAG gutzubringen.

Zu Art. VI:

Mit dieser Bestimmung wird erreicht, daß die ÖIAG, soweit sie Schachtelbeteiligungen gemäß Art. V übernimmt, die Begünstigung für Schachtelgesellschaften nach dem Bewertungsgesetz 1955 und dem Körperschaftssteuergesetz 1966 sofort in Anspruch nehmen kann.

Beim Übergang der Anteilsrechte des Bundes von den in Art. V genannten Gesellschaften auf die ÖIAG soll es zu keinen finanziellen Belastungen mit bundesrechtlich geregelten Abgaben kommen.

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung:

§ 1 Z 13 des Bundesministeriengesetzes 1973:

das Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Z 7 des Teiles 1 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973:

Haushaltsangelegenheiten des Bundesministeriums einschließlich der Jahres- und Monatsvoranschläge, der Kreditbewirtschaftung, des Buchhaltungs- und Kassendienstes sowie der Erlassung haushaltsrechtlicher Anweisungen für den Ressortbereich und Behandlung der den Ressortbereich betreffenden Einschauberichte des Rechnungshofes; Angelegenheiten des Beschaffungswesens für den Ressortbereich.

Abschnitt A Z 1 letzter Satz des Teiles 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973:

Koordination in Angelegenheiten der Raumordnung und der umfassenden Landesverteidigung

Abschnitt E Z 6 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973:

Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.

Dazu gehören insbesondere auch:

Verfügungen über Bundesvermögen.

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt, insbesondere Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an den auf Grund des Verstaatlichungsgesetzes, BGBl. Nr. 168/1946, verstaatlichten Banken und der Anteilsrechte des Bundes an der Ersten

Vorgeschlagene neue Fassung:

das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport

Haushaltsangelegenheiten des Bundesministeriums einschließlich der Jahres- und Monatsvoranschläge, der Bewirtschaftung finanzgesetzlicher Ausgabenermächtigungen, des Buchhaltungs- und Kassendienstes sowie der Erlassung haushaltsrechtlicher Anweisungen für den Ressortbereich und Behandlung der den Ressortbereich betreffenden Einschauberichte des Rechnungshofes; Angelegenheiten des Beschaffungswesens für den Ressortbereich; Erwerb von Anteilsrechten an Gesellschaften und an Genossenschaften, soweit sie auf Sachgebieten tätig sind, die nach dem Teil 2 der Anlage zu § 2 dem Bundesministerium zur Besorgung zugewiesen sind, sowie die Verwaltung solcher Anteilsrechte des Bundes.

Koordination in Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung, der umfassenden Landesverteidigung und der internationalen Entwicklungspolitik.

Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.

Dazu gehören insbesondere auch:

Verfügungen über Bundesvermögen.

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt.

Geltende Fassung:

Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft Wien; Erwerb von Anteilsrechten an Gesellschaften und Genossenschaften des Privatrechtes sowie die Verwaltung solcher Anteilsrechte des Bundes.

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden. Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Die Überschrift zu Abschnitt M des Teiles 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes:

BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

§ 1 Abs. 1 erster Satz des ÖIG-Gesetzes:

Die Anteilsrechte an den in der Anlage angeführten Gesellschaften sind so auszuüben, wie es das Wohl dieser Gesellschaften unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter und der Arbeitnehmer dieser Gesellschaften sowie der gesamten Volkswirtschaft erfordert.

Vorgeschlagene neue Fassung:

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden. Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Finanzielle Angelegenheiten des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften und an Genossenschaften; soweit sie sich unmittelbar auf den Bundeshaushalt auswirken.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

Die Anteilsrechte an den in der Anlage angeführten Gesellschaften und an anderen Gesellschaften, an denen die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft beteiligt ist, sind so auszuüben, wie es das Wohl dieser Gesellschaften unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter und der Arbeitnehmer dieser Gesellschaften sowie der gesamten Volkswirtschaft erfordert.